

PRESSEKONTAKT

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon 030 - 227 - 71527

Fax 030 - 227 - 76616

E-Mail ulrike.gottschalck@bundestag.de

www.ulrike-gottschalck.de



Ulrike Gottschalck

Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Bundeshaushalt 2017 Erhebliche Finanzmittel für das Familienministerium

BERLIN am 10. November 2016 – Nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses zieht die Bundestagsabgeordnete Ulrike Gottschalck, als zuständige Berichterstatterin für den Einzelplan des Bundesfamilienministeriums eine positive Bilanz. „In den parlamentarischen Haushaltsberatungen haben wir den aus familienpolitischer Sicht bereits guten Haushaltsentwurf der Bundesregierung weiter verbessert“, so Gottschalck. Es sei ein hartes Stück Arbeit gewesen, aber die SPD habe insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik sowie bei der Integration junger Geflüchteter noch entscheidende Verbesserungen erzielt.

Neben der Förderung bis zu 100 weiterer **Mehrgenerationenhäuser**, auf die sich die Koalition schon vorab verständigt hatte, gebe es wieder mehr **Geld für die C1-Sprachkurse** des Garantiefonds Hochschulbereich und für die **Jugendmigrationsdienste**. Zudem erhalten die **Wohlfahrtsverbände** weiterhin zusätzliche Mittel für die **Beratung und Betreuung von Geflüchteten**. Auf diese Weise sei auch die weitere Förderung der psychosozialen Therapie- und Folteropferzentren gesichert. Ebenfalls profitieren die **Freiwilligendienste**, die **Bundesstiftung Mutter und Kind**, die **Jugendverbände** und das **Deutsch-Polnische Jugendwerk**.

Die Erfolge im Einzelnen:

Mehrgenerationenhäuser stärken den Zusammenhalt in der Gesellschaft und gestalten die Folgen des demografischen Wandels aktiv mit. Union und SPD hatten sich deshalb bereits im Vorfeld der Bereinigungssitzung darauf geeinigt, die Förderung der Häuser um 3,5 Mio. Euro auf 17,5 Mio. Euro aufzustocken. Im Rahmen des neuen Bundesprogrammes Mehrgenerationenhaus 2017-2020 können somit bis zu 100 weitere und infolgedessen insgesamt rund 550 Mehrgenerationenhäuser aus dem Bundeshaushalt gefördert werden.

Der **Kinder- und Jugendplan des Bundes** als zentrales Förderinstrument der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland wird gegenüber dem Regierungsentwurf um insgesamt 30 Mio. Euro angehoben und profitiert damit gleich in mehrererlei Hinsicht. Wie schon im Vorjahr werden die **Jugendmigrationsdienste** mit zusätzlichen 8 Mio. Euro unterstützt. Der Topf des **Garantiefonds Hochschulbereich**, aus dem **C1-Sprachkurse** für hochschulorientierte Geflüchtete finanziert werden, wird um 15 Mio. Euro erhöht. Die **Jugendverbände** profitieren von einem Aufwuchs in Höhe von 2 Mio. Euro. Darüber hinaus sind zusätzliche Investitionen in das bevorstehende Reformationsjubiläum (3 Mio. Euro), in die musikalische Jugendbildung (+0,25 Mio. Euro), eine Kampagne gegen häusliche Gewalt an Kindern (0,8 Mio. Euro) und zur Online-Suizidprävention (0,4 Mio. Euro) vorgesehen.

Ein weiteres positives Signal im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik ist die Erhöhung des deutschen Beitrages für das **Deutsch-Polnische Jugendwerk**. Jedes Jahr nehmen mehr als 120.000 junge Menschen aus Deutschland und Polen an Programmen teil, die durch das Jugendwerk gefördert werden. Nachdem Polen den Beitrag zuletzt einseitig um 250.000 Euro angehoben hat, hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages nun eine Erhöhung des deutschen Beitrages um 1 Mio. Euro auf 6 Mio. Euro beschlossen. Mitsamt dem polnischen Beitrag stehen dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk künftig rund 10,3 Mio. Euro zur Verfügung.

Schon im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD vereinbart, die **Freiwilligendienste** in ihrer bewährten Vielfalt auszubauen. Nachdem der Bundesfreiwilligendienst bereits im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen mit der Einstellung von 10.000 neuen Bundesfreiwilligen mit Flüchtlingsbezug ausgebaut wurde, werden nun auch die **Jugendfreiwilligendienste** gestärkt. Der Ansatz für den Freiwilligen Sozialen Dienst wird um 2 Mio. Euro angehoben, der Freiwillige Ökologische Dienst und der Internationale Freiwilligendienst erhalten je 0,5 Mio. Euro zusätzlich.

Für die Träger der freien Wohlfahrtspflege sind die Ergebnisse der Bereinigungssitzung ebenfalls eine gute Nachricht. Aufgrund ihres vorbildlichen Engagements erhalten die **Wohlfahrtsverbände** weiterhin 2 Mio. Euro extra. Ferner bekommt die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden für ihr 100-jähriges Bestehen einmalig 250.000 Euro.

Außerdem verständigte sich der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages erneut auf ein Plus für die **Beratung und Betreuung von Flüchtlingen**. Hierfür erhalten die Wohlfahrtsverbände 6 Mio. Euro mehr als zunächst im Haushaltsentwurf vorgesehen. Damit ist auch die weitere Förderung der Arbeit der **psychosozialen Therapie und Folteropferzentren** gesichert, die sich um traumatisierte und besonders schutzbedürftige Flüchtlinge kümmern.

Um bestehende Strukturen in der Migrations- und Integrationsforschung zu bündeln und weiterzuentwickeln wird überdies auch der Aufbau eines **Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung** bezuschusst. Bis zum Jahr 2020 stellt der Bund hierfür insgesamt 6,8 Mio. Euro zur Verfügung, davon 3 Mio. Euro im kommenden Haushaltsjahr.

Die **Bundesstiftung Mutter und Kind** trägt maßgeblich dazu bei, die Lebenslage von schwangeren Frauen in schwierigen Notsituationen zu verbessern und damit nicht nur ungeborenes Leben zu schützen, sondern auch ein möglichst gesundes Aufwachsen der geborenen Kinder zu fördern. Um die wertvolle Arbeit der Stiftung angemessen zu honorieren, erhöht der Bund die Einlage im kommenden Jahr um 4 Mio. Euro.

Angesichts der erfreulich hohen Nachfrage, besserverdienenden Müttern und steigender Väterbeteiligung steigt nicht zuletzt auch der Bedarf beim **Elterngeld**. Für die familienfreundliche Lohnersatzleistung werden im Etat des Familienministeriums für das Jahr 2017 deshalb zusätzliche 200 Mio. Euro und damit in Summe 6,4 Mrd. Euro eingestellt. Weiterhin wachsende Geburtenraten belegen: Das Elterngeld eine Erfolgsgeschichte, die sich sehen lassen kann!

Bereits zuvor im Haushaltsentwurf der Bundesregierung enthalten:

Darüber hinaus ist aus familienpolitischer Sicht der bereits im Haushaltsentwurf enthaltene Aufwuchs in Höhe von 216 Mio. Euro bei der Zuführung an das **Sondervermögen Kinderbetreuungs-ausbau**, dem im nächsten Haushaltsjahr damit insgesamt 446 Mio. Euro zugewiesen werden, beachtlich. Zudem wird auch das **Bundesprogramm „Sprach-Kitas“** um knapp 150 Mio. Euro auf nunmehr 278 Millionen Euro aufgestockt.

Im Bereich der Extremismusprävention hat das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend die Mittel für das **Bundesprogramm „Demokratie leben!“** verdoppelt. Zur Unterstützung von Vereinen und Initiativen, die für Demokratie und Vielfalt und gegen Extremismus und Rassismus eintreten, stellen wir im Jahr 2017 über 100 Mio. Euro zur Verfügung.